

## **Niederschrift**

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)  
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und  
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **22.11.2017**, 17:15 Uhr - 20:53 Uhr,  
Rotunde, Stadthaus 3, Albersloher Weg 33, 48155 Münster

Anwesend waren:

**von der CDU-Fraktion:**

Gaby Comos-Aldejohann, Sven Gotthal, Richard-Michael Halberstadt, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Dr. Maria Gabriele Peus-Bispinck, Klaus-Peter Richter, Peter Wolfgarten,

**von der SPD-Fraktion:**

Doris Feldmann, Elke Haves, Thomas Kollmann, Ursula Loroach (bis 18:13 Uhr; TOP 11), Meik Tafelski (ab 18:13 Uhr; TOP 11), Maria Winkel,

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:**

Otto Reiners, Sylvia Rietenberg, Udo Schröder-Hörster, Harald Wölter,

**von der Fraktion DIE LINKE.:**

Martin Scholz,

**auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:**

Joachim Bruns,

**Sachkundige Einwohner/innen:**

Ahmad Alhamwi (ab 18:40 Uhr; TOP 13), Yildirim Eroglu (bis 18:40 Uhr; TOP 12), Margareta Seiling, Gudrun Sturm (ab 17:30 Uhr; TOP 5), Arnold Voskamp,

**von der Verwaltung:**

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Burkhard Hülsmann, Heinz Lembeck, Florian Meyer, Veit Muddemann, Jürgen Rump, Marco Ruppel, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Daniela Stemmer, Andreas Thiel, Frank Treutler, Petra Woldt, Andreas Woltering,

**für die Schriftführung:**

Barbara Hamisch,

**Es fehlte/n:**

Claudia Grönefeld, Jens Christian Heinemann, Christoph Kattentidt, Otmar Knüvener, Christel Loschelder,

**nichtöffentlicher Sitzungsteil**

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 22.11.2017

**Tagesordnung****Öffentliche Sitzung**

- |                           |   |
|---------------------------|---|
|                           | <b>1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder</b>   |
|                           | <b>2. Festsetzung der Tagesordnung</b>  |
|                           | <b>3. Eingänge und Mitteilungen</b>   |
|                           | 3.1. Eingänge   |
|                           | 3.2. Mitteilungen   |
|                           | <b>4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses</b>  |
| <u>V/0687/2017</u><br>VI  | <b>5. Lärmaktionsplan der Stadt Münster</b>   |
| <u>V/0889/2017</u><br>IV  | <b>6. Bildung, Integration – Zielperspektive Chancengleichheit</b>  |
| <u>V/0916/2017</u><br>V   | <b>7. Mediationsverfahren zur Festlegung dauerhafter Standorte für Flüchtlingseinrichtungen</b>   |
| <u>V/0898/2017</u><br>III | <b>8. Quartiersentwicklung Hauptbahnhof - Sachstand und nächste Schritte</b>  |
| <u>V/0600/2017</u><br>V   | <b>9. Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe - Ergebnisse und Verfahrensvorschläge des interfraktionellen Arbeitskreises Wohnungslosigkeit</b> |
| <u>V/0846/2017</u><br>V   | <b>10. Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 des Jobcenters der Stadt Münster</b>   |
| <u>V/0848/2017</u><br>V   | <b>11. Existenzsicherung durch leistungsträgerübergreifende Kooperation gewährleisten</b>   |

V/0958/2017  
V

12. **Wirtschaftspläne der Kommunalen Stiftungen für das Jahr 2018; inklusive angepasster Wirtschaftsplan 2017 für die Eigentümergemeinschaft der Altenwohnungen am Klarastift**

13. **Etatberatungen 2018**

V/0874/2017  
V

13.1. Städtische Zuschüsse in Aufgabenbereichen mit Beratungskompetenz des ASSGVaf: Vorbereitung der Beratung von Haushaltsanträgen

13.2. Beratung der Zuschüsse

13.3. Beratung des Haushaltsplans 2018 (Teilergebnispläne/Teilfinanzpläne)

14. **Verschiedenes**

Herr Kollmann eröffnete um 17:15 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Herr Kollmann informierte darüber, dass beide Vertreterinnen der FDP-Fraktion aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen können.

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

#### **Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

#### **Punkt 2 der Tagesordnung**

#### **Festsetzung der Tagesordnung**

Herr Kollmann schlug eine Pause vor dem Beginn der Etatberatungen 2018 (Punkt 13 der Tagesordnung) vor. Außerdem wies er darauf hin, dass eine nichtöffentliche Vorlage als Tischvorlage zur Verfügung stehe und schlug vor, diese in einem nichtöffentlichen Sitzungsteil nach dem öffentlichen Sitzungsteil zu beraten.

Gegen die Vorschläge wurde kein Widerspruch erhoben. Die Tagesordnung wurde daher um einen nichtöffentlichen Teil ergänzt.

#### **Punkt 3 der Tagesordnung**

#### **Eingänge und Mitteilungen**

#### **Punkt 3.1 der Tagesordnung**

#### **Eingänge**

Keine.

**Punkt 3.2 der Tagesordnung****Mitteilungen****Frau Arnkens-Homann**

3.2.1 wies auf folgende Unterlagen hin, die die Mitglieder im Vorfeld der Sitzung bereits erhalten hatten:

- Datenblatt mit den aktuellen Daten zur Flüchtlingssituation. Das Datenblatt ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1**.
- Information zum Münster-Pass. Die Information ist der Niederschrift beigelegt - **Anlage 2**.
- Einladung „10 Jahre `Soziale Stadt`: Kinderhaus-Brüningheide – wohin gehst du?“ am 16.11.2017 (Veranstaltung hat bereits stattgefunden). Die Einladung ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 3**.

**Herr Bierstedt**

3.2.2 informierte über folgende Themen:

- Finanzierung 2018
- Bargeldauszahlung der Bundesagentur für Arbeit
- Evaluationsvorhaben des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Die Informationen sind der Niederschrift beigelegt – **Anlage 4**.

**Punkt 4 der Tagesordnung****Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Herr Reiners wies auf die Etatträge der Fraktionen hin und schlug vor, diese erst unter dem Punkt 13 der Tagesordnung (Etatberatungen 2018) einzubringen.

Die Mitglieder signalisierten ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag.

**Punkt 5 der Tagesordnung****Lärmaktionsplan der Stadt Münster**

**V/0687/2017**

Herr Kollmann wies auf die Stellungnahme des Amtes für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten zum Lärmaktionsplan hin, die die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zusammen mit der Vorlage erhalten hatten. Herr Kollmann schlug vor, die Stellungnahme allen Ausschüssen in der Beratungsfolge der Vorlage zur Verfügung zu stellen.

Außerdem regte Herr Kollmann an, künftig Vorlagen mit dem Thema Lärmschutz immer im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zu beraten.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung begrüßten diese Anregungen.

Herr Kollmann brachte einen Antrag der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 5**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte dem Antrag der SPD-Fraktion einstimmig zu.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage unter Berücksichtigung des angenommenen Antrages der SPD-Fraktion einstimmig bei einer Enthaltung (DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt – und Finanzausschuss sowie dem Rat:

### **Beschlussvorschlag:**

#### I. Sachentscheidung:

1. **Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Evaluierung der Lärmaktionsmaßnahmen Lärmpegelmessungen als veranlassendes und bestimmendes Kriterium zwingend durchzuführen.**
2. **Durch geeignete Erhebungen soll während des Aktionszeitraums geprüft werden, ob es aufgrund der Tempo 30 - Regelung zu einer Verlagerung von Verkehr und damit Lärm in andere Straßenabschnitte der Innenstadt kommt.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, mit welchen Maßnahmen den als beeinträchtigend und belastend empfundenen erheblichen Lärmimmissionen entlang der Hauptverkehrsachsen außerhalb des Innenstadtbereichs (BAB, Bundesstraßen, Schienenverkehrswege) begegnet werden soll.**
4. Der Rat beschließt den Lärmaktionsplan zur strategischen Ausrichtung, Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Lärmschutzes in Münster in der Fassung vom August 2017.
5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die von den Bürgerinnen und Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange eingebrachten Anregungen und Bedenken zum Lärmaktionsplan geprüft wurden. Die Verwaltung hat im Einzelnen dazu Stellung bezogen (Anlage 1). Die Anregungen und Bedenken sind somit erledigt.
6. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der Kurzfristmaßnahmen gemäß Anlage 2 vorzubereiten.
7. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Umsetzung der Maßnahmen zur Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf den im Kurzfristmaßnahmenprogramm benannten Straßenabschnitten erst zum 01.02.2019 erfolgen kann, weil zunächst die erforderliche Anpassung der relevanten Lichtsignalanlagen sowie die Aufstellung der Tempo-30 Beschilderung vorbereitet werden muss.
8. Der Rat beschließt die Umsetzung des Evaluierungskonzeptes zur Begleitung der Einführung von Tempo 30 auf den im Kurzfristmaßnahmenprogramm dargestellten Straßenabschnitten (Anlage 3).
9. Der Rat beschließt die Ausweisung der in Anlage 4 hervorgehobenen Flächen und Parkanlagen als „Ruhige Gebiete“.

10. Der Rat beauftragt die Verwaltung, weiterhin auf Bund und Land einzuwirken, damit Maßnahmen zur Lärminderung an den übergeordneten Straßen (BAB und B51) ergriffen werden.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster Kosten in Höhe von ca. 352.500 € entstehen. Einnahmen werden nicht erwartet.

Die v.g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

<b>Teilergebnisplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag [€]</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz, Klima, Immission, Boden, Abfall			Evaluation des Geschwindigkeitskonzepts - Untersuchung vor der Einführung Tempo 30
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2018	33.000	Übertrag aus HH-Plan 2017
				33.000	Bereits veranschlagt im HH-Plan 2018
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2019		Untersuchung nach der Einführung Tempo 30
				33.000	Bereits veranschlagt für den HH-Plan 2019
				17.000	Veränderung erforderlich für den HH-Plan 2019
Produktgruppe	1202	Verkehrsplanung			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2018	70.000	Planungsleistung: geänderte Signalprogramme und Grüne Wellen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2018	110.000 30.500	Änderung LSA Beschilderung und Markierungen
Ergebnis				352.500	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind in o. g. Höhe bereits im Haushaltsplan-Entwurf 2018 bei der Produktgruppe 1401 veranschlagt. Die weiteren Ermächtigungen sind über Veränderungsblätter zusätzlich zu veranschlagen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2018 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt. Für die Aufstellung eines Förderprogramms für passive Schallschutzmaßnahmen werden weitere haushaltswirksame Mittel benötigt (s.u.). Das

Förderprogramm soll in das Altbausanierungsprogramm der Stadt Münster integriert werden. Hierzu wird durch die Verwaltung im Rahmen der Aktualisierung des Altbausanierungsprogramms eine gesonderte Beschlussvorlage erarbeitet.

**Punkt 6 der Tagesordnung  
V/0889/2017**

**Bildung, Integration – Zielperspektive Chancengleichheit**

Frau Feldmann brachte einen Antrag der SPD-Fraktion ein und wies darauf hin, dass der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Vorlage in der Gestalt des Antrages der SPD-Fraktion beschlossen habe. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 6**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der SPD-Fraktion einstimmig bei einer Enthaltung (Ratsgruppe Piraten/ÖDP).

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage unter Berücksichtigung des angenommenen Antrages der SPD-Fraktion einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die Ergebnisse des *Workshops Chancengleichheit* zur Kenntnis und stimmt der Weiterentwicklung der *Neukonzeption der Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Regelschulen* mit folgenden Maßgaben zu:
  - 1.1 Fortsetzung und Anpassung der vorhandenen additiven Sprachbildungsprogramme und Förderangebote für Schülerinnen und Schüler zur Unterstützung einer durchgängigen Sprachbildung.
  - 1.2 Prüfung, wie und in welcher Form handlungsorientierte und alltagsbezogene *MitSprache-Ferienkurse* für Grundschülerinnen und Grundschüler mit Ferienangeboten der *Offenen Ganztagschule* verzahnt werden können.
  - 1.3 Die befristet bis zum 31.12.2017 über freie Träger eingesetzten Fallschule für die weiterführenden Schulen (3,50 VZÄ) werden bis zum **Ende des Schuljahres 2018/19** verlängert. Mit Beginn des neuen Schuljahres (01.08.2018) ist über den konkreten Aufgabenzuschnitt im Kontext der Fortschreibung der für das Frühjahr 2018 vorgesehenen Bedarfsbemessung und Umverteilung der Schulsozialarbeit zu entscheiden. Über eine weitere Verlängerung ist letztlich im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 ff. zu befinden.
  - 1.4 Zur Unterstützung der Berufskollegs bei der Beschulung von neu zugewanderten Jugendlichen stimmt der Rat dem weiteren Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften im Umfang von 4,00 VZÄ über freie Träger zu. Die Maßnahme wird zunächst befristet bis zum **Ende des Schuljahres 2018/19**; über eine Verlängerung ist im Zusammenhang mit der Fortschreibung der für das Frühjahr 2018 vorgesehenen Bedarfsbemessung und Umverteilung der Schulsozialarbeit sowie letztlich im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 ff zu befinden.
  - 1.5 Der Rat nimmt die Aktivitäten des Vereins *Mulingula - Multilinguale Leseaktivitäten* zur Kenntnis und stimmt einer Fortsetzung der Finanzierung der Honorarkräfte im bisherigen Rahmen aus vorhandenen Haushaltsmitteln zu.

- 1.6 Der Rat stimmt der Weiterentwicklung der Bildungsberatung zu, hier insbesondere der Beratung im Übergang Schule/Beruf für die Altersgruppe der 15- bis 25-jährigen (insbesondere aus den internationalen Förderklassen der Berufskollegs (IFK's), in Kooperation mit den Berufskollegs, der Bezirksregierung Münster, der Bundesagentur für Arbeit sowie dem Jobcenter.
2. Der Rat nimmt die Sprachförderangebote der VHS sowie den Bericht über den Einsatz der für die Sprachförderung eingeworbenen Spendenmittel zur Kenntnis.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Laufzeit des Projektes *angekommen in deiner Stadt Münster* am 31.01.2019 endet. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem *Ministerium für Schule und Bildung* und der *Walter Blüchert Stiftung* in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, eine Verlängerung und ggf. eine konzeptionelle Nachsteuerung zu erwirken.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Die in der Vorlage aufgeführten Mittel (Beschlussziffern 1.3, 1.4 und 1.5) sind im Etatentwurf 2018 ff wie folgt eingeplant:

<b>Produktgruppe 0301 "Leistungen für Schulen"</b>					
<b>Zeile TEP</b>	<b>Bezeichnung TEP</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €

<b>Produktgruppe 0302 "Zentrale Leistungen für SuS / am Schulleben Beteiligte"</b>					
<b>Zeile TEP</b>	<b>Bezeichnung TEP</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	456.810 €	61.240 €	62.470 €	63.720 €

Die Beschlussausführung steht unter dem Vorbehalt, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2018 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die notwendigen Ermächtigungen bereitstellt.

## **Punkt 7 der Tagesordnung V/0916/2017**

## **Mediationsverfahren zur Festlegung dauerhafter Standorte für Flüchtlingseinrichtungen**

Herr Reiners brachte einen gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 7**.

Frau Winkel erläuterte die Argumente für eine Ablehnung des Änderungsantrages.

Frau Arnkens-Homann erklärte, die in dem Antrag gewünschte Ergänzung stelle kein Problem dar.

Der gemeinsame Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP, DIE LINKE.) bei Gegenstimmen (SPD ohne Herrn Kollmann) und einer Enthaltung (Herr Kollmann) beschlossen.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage unter Berücksichtigung des angenommenen Antrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

#### I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Durchführung des Mediationsverfahrens **mit der Maßgabe** zu, **dass eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Einrichtungen über das gesamte Stadtgebiet sichergestellt wird.**

#### II. Finanzielle Auswirkungen:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass mit der Vorlage keine direkten finanziellen Auswirkungen verbunden sind.

<b>Punkt 8 der Tagesordnung V/0898/2017</b>	<b>Quartiersentwicklung Hauptbahnhof - Sachstand und nächste Schritte</b>
---	---

Herr Thiel erläuterte die Vorlage und wies auf einige Angaben in der Vorlage hin, die einer Korrektur bedürften.

Frau Winkel brachte einen Antrag der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 8**.

Frau Rietenberg brachte den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein und wies darauf hin, dass die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beabsichtigten, unter dem Punkt 13 der Tagesordnung (Etatberatungen 2018) den Antrag des Vereins Indro e. V. bezüglich einer Aufstockung der Zuwendungsmittel aufzugreifen. Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ist der Niederschrift beigelegt - **Anlage 9**.

Frau Stadträtin Wilkens regte zum Verfahren an, die Anträge unter dem Punkt 13 der Tagesordnung (Etatberatungen 2018) einzubringen und zu beraten.

Frau Winkel erläuterte, warum sie diesem Verfahrensvorschlag hinsichtlich des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zu dieser Vorlage nicht zustimme und beantragte punktweise Abstimmung über den SPD-Antrag.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion auf punktweise Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion ab und lehnte diesen mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Danach stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über den Antrag der SPD-Fraktion ab und lehnte diesen mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) ab.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage einstimmig bei Enthaltungen (SPD, DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

### **Beschlussvorschlag:**

#### I. Sachentscheidung:

1. Der aktuelle Sachstand zur Neugestaltung der Hauptbahnhof-Ostseite im Rahmen des Bauvorhabens der Landmarken AG wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Rat erweitert seine Entscheidung vom 22.03.2017 (vgl. Vorlage V/0072/2017/1) zur Neugestaltung des öffentlichen Raumes (Bahnhofsvorplatz, Bremer Straße) um den Stadtraum Bremer Platz (Grünanlage) bis zu den angrenzenden bzw. umgebenden Gebäuden, einschließlich der jeweiligen Straßenräume.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - 3.1. für das Neugestaltungskonzept des öffentlichen Stadtraumes an der Hauptbahnhof-Ostseite (Bremer Platz, Grünanlage und anschließende Straßenräume) im Jahr 2018/19 eine Planungswerkstatt unter Beteiligung externer Planungsbüros durchzuführen. Dieses Verfahren soll zudem extern moderiert und unterstützt werden, so dass allen beteiligten Nutzergruppen des Bremer Platzes sowie den Anwohnern dialogorientiert eine Mitwirkung grundsätzlich möglich wird.
  - 3.2. das Gestaltungskonzept des Bahnhofsvorplatzes gemeinsam mit dem Investor Landmarken AG und in enger Abstimmung mit den sozialen Trägern so weiter zu entwickeln, dass beide Konzeptbestandteile (Neubebauung Hauptbahnhof-Ostseite und Grünanlage Bremer Platz) – den jeweiligen unterschiedlichen Nutzeransprüchen geschuldet – als Einheit betrachtet und als Gesamtkonzept wahrgenommen werden. Die spätere bauliche Umsetzung erfolgt so wie bislang mit den Beteiligten abgestimmt und vertraglich vereinbart.
  - 3.3. frühzeitig in Abstimmung mit den sozialen Trägern vor Ort (INDRO, Haus der Wohnungslosenhilfe, Bischof-Hermann-Stiftung usw.), soweit erforderlich, bereits mit Beginn der Vorarbeiten zur Bebauung Maßnahmen zu ergreifen, die einer Verdrängung der „Szene(n)“ entgegenwirken. Dazu wird ein „Runder Tisch“ zur „Quartiersentwicklung Bahnhof und Bremer Platz“ eingerichtet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es zu keinerlei Festlegungen kommt, die der Neugestaltung der Grünanlage des Bremer Platzes vorgreifen, oder diese einschränken.
  - 3.4. ein Quartiersmanagement für den Stadtraum Hauptbahnhof einzurichten, das die Koordination, Information und Kommunikation der verschiedenen Angebote, Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen, Planungs- und Baumaßnahmen übernimmt und zwischen „Szene(n)“, Trägern sozialer Arbeit, Nutzerinnen und Nutzern, Geschäftsleuten, Anwohnerschaft, Polizei, Bahnhofsmanagement, Planern und Verwaltung vermittelt. Hierfür werden befristet für zunächst fünf Jahre 1,50 Vollzeitäquivalente (VZÄ) E10 TVöD / A11 LBesG NRW im Teilergebnisplan der Produktgruppe 0503 „Sicherung besonderer sozialer Bedarfe“ eingerichtet und die notwendigen Sachmittel bereitgestellt. Die notwendige Finanzierung weiterer Bedarfe ist dem Rat auf der Grundlage eines zu erstellenden Konzepts für das Quartiersmanagement zur Entscheidung vorzulegen.

- 3.5. die Präsenz und die Handlungsfähigkeit des städtischen Service- und Ordnungsdienstes (SOS) schwerpunktmäßig im erweiterten Umfeld des Hauptbahnhofes auszubauen. Hierzu werden mit dem Zweck einer SOS-Doppelstreife im Zwei-Schicht-System sechs zusätzliche Stellen (VZÄ) in der Produktgruppe 0201 eingerichtet.
4. Das entwickelte Gesamtkonzept wird nach Anhörung der Bezirksvertretung Münster-Mitte sowie nach Vorberatung im Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wohnen, im Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen und im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.
5. Der Antrag A-R/0061/2017 der SPD Fraktion vom 12.09.2017 (vgl. Anlage 1) und der gemeinsame Antrag A-R/0074/2017 der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL vom 10.10.2017 (vgl. Anlage 2) wurden aufgegriffen und werden damit im Wesentlichen erledigt.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Für die Neugestaltung des öffentlichen Raumes (Bahnhofsvorplatz, Bremer Straße, Grünanlage Bremer Platz) werden finanzielle Aufwendungen entstehen, die bislang lediglich im Rahmen einer Kostenschätzung auf Basis der Flächengröße und eines Einheitswertes nur für den Bahnhofsvorplatz und die Bremer Straße im Rahmen der Beschlussfassung zur Vorlage V/0072/2017 grob ermittelt wurden.

Im Entwurf des Haushaltsplan 2018 ff. wurde unter der Produktgruppe 1301 Grün- und Freiflächen die Investitionsmaßnahme 5360 ÖG Bremer Platz mit insgesamt 1.290.000 € aufgenommen.

Mit der o.g. Vorstellung des Gesamtkonzeptes wird der Rat der Stadt Münster auch über die Finanzierung und Umsetzung des Gesamtkonzeptes zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden haben.

Zur Durchführung der Planungswerkstatt im Jahr 2018/19 fallen nach derzeitiger Kostenschätzung Kosten in Höhe von 70.000,00 Euro an, die im Rahmen der Beratung zum Haushaltsplan 2018 noch aufgenommen werden müssen. Hierzu wird die Verwaltung ein entsprechendes Veränderungsblatt vorbereiten.

Ein Konzept für das Quartiersmanagement wird kurzfristig entwickelt. Das Quartiersmanagement soll vorerst für die Dauer von fünf Jahren eingerichtet werden und die anstehenden Planungs- und Baumaßnahmen begleiten. Vor dem Hintergrund der zu berücksichtigenden unterschiedlichen Interessen und Belange schlägt die Verwaltung vor, das Quartiersmanagement für den o.g. Zeitraum bei der Stadt anzusiedeln. Für die Durchführung entstehen zunächst Personalkosten von jährlich ca. 105.000 € (1,50 VZÄ; Grundlage: E10 TVöD / A11 LBesG NRW). Hinzu kommen Sachkosten für Aufbau, Angebote und Aktivitäten des Quartiersmanagements von ca. 15.000,00 € pro Jahr. Mit dem zu erstellenden Konzept werden dann die weiteren Bedarfe konkretisiert. Die Finanzierung der notwendigen Personal- und Sachaufwendungen, ggf. auch der Transferaufwendungen, wenn beispielsweise freie Träger in konkrete Maßnahmen einzubinden sind, wird dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Für die sechs Stellen Service- und Ordnungsdienst (SOS) entstehen zunächst Personalkosten von jährlich ca. 371.000 € (6,00 VZÄ; Grundlage: E 09a TVöD/A9 mD). Hinzu kommen die Kosten für mindestens 2 Büroarbeitsplätze inkl. IuK in Höhe von 16.758,00 € / Jahr.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0201	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2018 ff.	371.000 €	VÄ-Blatt
	13	Sach- und Dienstleistungen	2018	18.000 €	VÄ-Blatt
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2018	70.000 €	VÄ-Blatt
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2018 – 2022	91.758 €	VÄ-Blatt
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2018 - 2020	105.000	VÄ-Blatt
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2018 - 2020	15.000	VÄ-Blatt

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplanentwurf 2018 ff. nicht vorgesehen. Sie werden über Veränderungsblätter in die Haushaltsberatungen eingebracht.

Die Verwaltung wird versuchen, die Aufwendungen für das Quartiersmanagement und die Planungswerkstatt im Rahmen eines Städtebauförderantrages beim Land NRW zu platzieren. Da die eigentlichen Neugestaltungs- und Umbaumaßnahmen des Bahnhofsvorplatzes und der Grünfläche grundsätzlich förderfähig sind, könnten hier ggf. auch die Vorbereitungsmaßnahmen als förderfähig anerkannt werden.

Herr Kollmann begrüßte an dieser Stelle ausdrücklich die Vertreter der Presse und bat um eine sensible Behandlung des Themas in den Medien.

#### **Punkt 9 der Tagesordnung V/0600/2017**

#### **Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe - Ergebnisse und Verfahrensvorschläge des interfraktionellen Arbeitskreises Wohnungslosigkeit**

Herr Halberstadt brachte einen gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 10**.

Frau Winkel brachte einen Antrag der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 11**.

Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder und sagte eine Berichtsvorlage für das zweite Quartal 2018 zu.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmt zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion ab und lehnte diesen mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Danach stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ab und beschloss diesen mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Gegenstimmen (SPD) und Enthaltungen (DIE LINKE., Piraten/ÖDP).

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage unter Berücksichtigung des angenommen gemeinsamen Änderungsantrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

### **Beschlussvorschlag:**

#### I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt den folgenden Verfahrensvorschlägen des interfraktionellen Arbeitskreises Wohnungslosigkeit zu, um die Angebote der Wohnungslosenhilfe der Stadt Münster möglichst nachhaltig weiterzuentwickeln:
  - 1.1. Zum Thema EU-Zuwanderung als Herausforderung für die Wohnungslosenhilfe:
    - 1.1.1. EU-Zuwanderer/-innen mit Leistungsansprüchen nach dem SGB II erhalten im Zuge der gesetzlichen Rahmenbedingungen in vollem Umfang erforderliche Hilfen. Bei tatsächlicher Wohnungslosigkeit wird wie bisher eine Unterbringung gewährleistet.
    - 1.1.2. **Die Verwaltung stellt in einer weiteren Vorlage dar, welche Regelungen bei EU-Zuwanderer/-innen ohne Leistungsansprüche nach dem SGB II vor dem Hintergrund veränderter gesetzlicher Vorschriften Anwendung finden.**  
**In dieser Vorlage soll auch beschrieben werden, welche gemeinsamen Schritte unter Berücksichtigung der individuellen Situation der Betroffenen unternommen werden, um eine erfolgreiche Integration möglich zu machen.**  
**Zudem soll der Bericht darstellen, wie die Verwaltung agiert, wenn eine Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt nicht erfolgreich ist.**
    - 1.1.3. Die Unterbringung für die unter Ziffer 1.1.1 und Ziffer 1.1.2 beschriebenen Zielgruppen soll sowohl für alleinstehende Personen, als auch für Familien weiterhin im Rahmen der bestehenden Wohnungslosenhilfe organisiert werden. Derzeit wird davon ausgegangen, dass die bestehenden Unterbringungsoptionen ausreichen, um den Personenkreis versorgen zu können.
  - 1.2. Zum Thema Integration von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt:
    - 1.2.1. Das System der Wohnungslosenhilfe ist für die Zielgruppe wohnungslos gewordener Flüchtlinge anzupassen. Dazu sind erfolgreiche Betreuungsansätze des Bereichs Flüchtlinge für die Wohnungslosenhilfe zu adaptieren und die vorhandenen Ressourcen und Erfahrungen der Bereiche Wohnungslosenhilfe und der Betreuung von Flüchtlingen zu bündeln und angemessen zu ergänzen.

- 1.2.2. Präventive Ansätze zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit sind für die Flüchtlinge zu entwickeln, die aus städtischen Flüchtlingseinrichtungen ausziehen können (Auszugsmanagement).
  - 1.2.3. Für erneut wohnungslos werdende Geflüchtete sind im Einzelfall Rückkehroptionen in Flüchtlingseinrichtungen zu prüfen. Dazu können verfügbare Platzkapazitäten städtischer Flüchtlingsunterkünfte für die dezentrale Versorgung dieser Personengruppen grundsätzlich genutzt werden. Die Rahmenbedingungen sind auf eine schnelle Beendigung der Wohnungslosigkeit, Re-Integration in Mietverhältnisse und allgemeine Integration auszurichten, wobei die Integrationschancen auch durch sozial ausgewogene (und möglichst nicht homogene) Belegungsstrukturen verbessert werden sollen.
- 1.3. Zum Thema Suche nach Unterbringungsoptionen:
- 1.3.1. Die zur Verfügung stehenden rechtlichen Rahmenbedingungen ordnungsbehördlicher Unterbringungen sind umfangreicher einzusetzen. Hierzu gehören die offensive Ansprache potentieller Kooperationspartner/-innen sowie Kooperations- und Unterstützungsangebote für Vermieter/-innen, die mit angemessenen, sozialen und langfristigen Zielsetzungen verknüpft sein können. Gleichzeitig ist das Rechtsmittel der ordnungsbehördlichen Einweisung grundsätzlich zeitlich zu befristen und eine Reintegration in reguläre Mietverhältnisse anzustreben.
  - 1.3.2. Kooperationen mit dem Ziel der Wohnraumakquise sind zu intensivieren. Hierzu gehören verbindliche Absprachen mit dem Amt für Wohnungswesen und den Anbietern sozialarbeiterischer Hilfen für von Wohnungslosigkeit betroffene bzw. bedrohte Haushalte (Sozialdienste Wohnungsnotfälle).
  - 1.3.3. Auf Grundlage erfolgreicher Konzepte zur Wohnraumakquise sind für die Stadt Münster mit den beteiligten Akteuren Maßnahmen zu entwickeln, wohnungs- und sozialpolitische Ziele zu verknüpfen. Entsprechende Konzeptansätze werden durch die Verwaltung eingebracht.
  - 1.3.4. Die im Rahmen der Etatberatungen zum Haushaltsplan 2015 befristet eingerichtete 0,50 Stelle zur sozialarbeiterischen Betreuung ordnungsbehördlich untergebrachter Haushalte mit dem Ziel der Reintegration in ein reguläres Mietverhältnis wird unbefristet eingerichtet.
2. Die Umsetzung der Verfahrensvorschläge ist mit Kosten in Höhe von jährlich ca. 239.150 € einschließlich der Schaffung bzw. Verstetigung von 2,50 Stellen (VZÄ) Sozialarbeit verbunden, die bisher nicht im Haushaltsplan veranschlagt sind. Dem stehen voraussichtlich nachvollziehbare Einsparungen im Bereich der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen gegenüber.
  3. Der Antrag Nr. A-R/0023/2017 vom 09.05.2017 „Soziale Maßnahmen für EU-Zuwanderer\*innen: Wohnungslose und nicht-leistungsberechtigte Menschen unterstützen!“ (siehe Anlage) ist hiermit erledigt.
  4. Mit der Vorlage dieser Verfahrensvorschläge ist die Tätigkeit des interfraktionellen Arbeitskreises Wohnungslosigkeit beendet.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Die in dieser Vorlage vorgeschlagenen Maßnahmen sind mit den in der folgenden Tabelle dargestellten Aufwendungen verbunden.

<b>Teilergebnisplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2018 ff.	151.750	2,5 * EGr. S 12
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2018 ff.	87.400	Miete, Sachmittel, Büroarbeitsplätze
<b>Insgesamt:</b>			<b>2018 ff.</b>	<b>239.150</b>	

Ab dem Jahr 2018 sind die angegebenen Vollzeitäquivalente durch den Stellenplan 2018 unbefristet einzurichten. Zusätzliche Overheadkosten entstehen nicht, vorhandene sind aber grundsätzlich zuzurechnen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2018 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Für die zunehmend relevanter werdende Schnittstelle zwischen Flüchtlingshilfe und Wohnungslosenhilfe werden mit der Umsetzung der Vorlage strukturelle Veränderungen in den Organisationseinheiten einhergehen, wodurch auch personelle Synergieeffekte entstehen werden. Im Flüchtlingsbereich frei werdende Ressourcen sollen für den Bereich der Wohnungslosenhilfe genutzt werden. Diese sind finanziell jedoch noch nicht zu quantifizieren. Ebenso kann beispielsweise nicht beziffert werden, welche Effekte z. B. durch die schnellere Beendigung ordnungsbehördlicher Einweisungen erreichbar sind, die mit den Beschlussvorschlägen initiiert werden. Die präventiven Ansätze werden jedoch einen nennenswerten Teil der entstehenden zusätzlichen Aufwendungen kompensieren. Der jährliche Gesamtaufwand in Höhe von 239.150 € wird sich dadurch voraussichtlich bereits ab dem Jahr 2018 reduzieren.

### **Punkt 10 der Tagesordnung V/0846/2017**

### **Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 des Jobcenters der Stadt Münster**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss:

**Beschlussvorschlag:**

## I. Sachentscheidung:

Zum Erreichen der vereinbarten Ziele und unter Beachtung der vom Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschlossenen Schwerpunktsetzung (Vorlage V/0732/2017) wird das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters der Stadt Münster für 2018 beschlossen.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Die zur Umsetzung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters der Stadt Münster für 2018 erforderlichen Ressourcen werden im Etat 2018 wie folgt finanziert:

<b>Teilergebnisplan</b>				
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haushaltsjahr</b>	<b>Betrag €</b>
Produktgruppe	050 1	Grundsicherung für Arbeitsuchende		
Zeile	15	Transferaufwendungen	2018	12.600.000,00 <sup>1, 2</sup>
	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2018	12.600.000,00 <sup>1, 2</sup>

<sup>1</sup> Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Bundeshaushaltsplanung basieren die Werte auf einer vorläufigen Schätzung, die ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres liegt.

<sup>2</sup> Die Mittelangaben beziehen sich nur auf den Eingliederungstitel des Jobcenters und bilden somit nur einen Auszug der Transferaufwendungen.

Im Haushaltsplanentwurf 2018 sind Erträge und Aufwendungen in Höhe von jeweils 12.151.700 € veranschlagt. Die Differenzbeträge von jeweils 448.300 € werden über Veränderungsblätter in den Haushaltsplan 2018 eingebracht.

Der Rat hat sich mit Beschluss vom 11.12.2013 (Vorlage V/0622/2013) verpflichtet, im Falle einer Überschreitung der vom Bund finanzierten Eingliederungsleistungen bis zu 100.000,00 € überplanmäßig bereitzustellen.

**Punkt 11 der Tagesordnung  
V/0848/2017****Existenzsicherung durch leistungsträgerübergreifende Kooperation gewährleisten**

Herr Wölter brachte einen gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 12**.

Herr Reiners ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass in dem geforderten Bericht die Einzelfälle anonymisiert dargestellt werden sollen und bat, diese Ergänzung ausdrücklich in die Niederschrift aufzunehmen.

Herr Bierstedt gab erläuternde Hinweise und sagte einen entsprechenden Bericht zu.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte daraufhin zunächst dem Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und anschließend der Vorlage in Gestalt des Antrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig zu und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

### Beschlussvorschlag:

#### I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die Maßnahmen zur existenziellen Absicherung der betroffenen Personen mit Leistungen nach dem SGB II bis zu einer regelmäßigen Bewilligung von vorrangigen Leistungen (z. B. Kinderzuschlag und Wohngeld) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt, zum Stellenplan 2018 1,5 Stellen (EGr 09c) für die Information über vorrangige Leistungen und Unterstützung der Leistungsbeziehenden bei der Antragstellung einzurichten. Die Einrichtung der Stellen wird zunächst auf zwei Jahre befristet.
3. **Die Verwaltung entwickelt das dargestellte Konzept dahingehend weiter, dass über eine intensivierete Beratungs- und Unterstützungsleistungen hinaus auch eine Verbesserung bei den verwaltungsinternen Abläufen erfolgt, damit die angemessene und existenzsichernde Leistungsgewährung für die betroffenen Kundinnen und Kunden ohne Leistungsunterbrechung gesichert wird. Hierbei sind auch die unabhängigen Sozialberatungsstellen mit einzubeziehen.  
Die Verwaltung legt hierzu möglichst bis II. 2018 einen entsprechenden Bericht im ASSGVAf vor.**
4. Der Ratsantrag Nr. A-R/0026/2017 **der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL „Existenzsicherung durch leistungsträger-übergreifende Kooperation gewährleisten“ (vergl. Anlage) wird damit aufgegriffen.**

#### II. Finanzielle Auswirkungen:

Die für die Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen erforderlichen Ressourcen werden ab dem Etat 2018 wie folgt finanziert:

Teilergebnisplan				
Produktgruppe	0501	Grundsicherung für Arbeitsuchende		
Erträge				
Zeile im Teilergebnisplan	Bezeichnung	Jahr	Betrag	Hinweise
445 000	Erstattung vom Bund (84,8 %)	2018	104.386,44 €	
		2019	106.100,98 €	
Aufwendungen				
Zeilen 11, 13, 16, 28	Personal- und Sachkosten	2018	123.097,21 €	
		2019	125.119,08 €	
Ergebnis				
	Kommunaler Finanzierungsanteil (15,2 %)	2018	18.710,77 €	
		2019	19.018,09 €	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2018 nicht veranschlagt. Sie werden über Veränderungsblätter in die Haushaltsberatungen eingebracht.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2018 die Haushaltsmittel bereitstellt.

**Punkt 12 der Tagesordnung  
V/0958/2017**

**Wirtschaftspläne der Kommunalen Stiftungen für  
das Jahr 2018; inklusive angepasster Wirtschafts-  
plan 2017 für die Eigentümergemeinschaft der Al-  
tenwohnungen am Klarastift**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

Die in der **Anlage 2** beigefügten Wirtschaftspläne für das Geschäftsjahr 2018 der von der Stadt Münster verwalteten rechtlich selbstständigen Stiftungen

**Magdalenenhospital, Siverdes, Vereinigte Pfründnerhäuser,  
Pfründnerhaus Kinderhaus und Bürgerwaisenhaus**

und der rechtlich unselbstständigen Stiftungen

**Friedrich und Irmgard Buschmann und Generalarmenfonds**

sowie der Eigentümergemeinschaften

**288 Wohnungen Münster-Coerde, Altenwohnungen am Klarastift, Gesundheitshaus,  
Altenwohnungen Finkenstraße und Altenwohnungen Kirchhoffweg**

- inklusive des angepassten Wirtschaftsplans 2017 für die Eigentümergemeinschaft der Altenwohnungen am Klarastift - werden genehmigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die wirtschaftlichen Konsequenzen werden in den Einzelwirtschaftsplänen der jeweiligen Stiftung ersichtlich; der städtische Haushalt ist nicht betroffen.

Nach Beendigung von Punkt 12 der Tagesordnung unterbrach Herr Kollmann die Sitzung um 18:25 Uhr für eine 15minütige Pause.

**Punkt 13 der Tagesordnung**

**Etatberatungen 2018**

Um 18:40 Uhr führte Herr Kollmann die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung mit der Aufrufung des Punktes 13 der Tagesordnung (Etatberatungen 2018) fort.

Vor Eintritt in die Haushaltsplanberatungen gab Herr Scholz namens der Fraktion DIE LINKE. folgende Erklärung zur Aufnahme in die Niederschrift ab:

*DIE LINKE. Ratsfraktion befürwortet eine Trennung von Staat und Kirche. Wir wollen den Laizismus jedoch nicht auf dem Rücken der Schwächsten durchsetzen und werden daher, solange es keinen kommunalen/staatlichen Ersatz für die kirchlichen Träger gibt, auch Anträge kirchlicher Träger unterstützen, wenn die Unterstützung sinnvoll ist.*

Herr Kollmann bat darum, Fraktionsanträge zum Haushalt im kommenden Jahr rechtzeitig vor dem Sitzungstermin bei der Verwaltung einzureichen, damit eine Komplettiliste aller Haushaltsanträge als Sitzungsunterlage erstellt werden kann.

Den Mitgliedern lagen folgende Unterlagen vor:

- Haushaltsplanentwurf 2018,
- Vorlage V/0874/2017 mit der Auflistung der fristgerecht eingegangenen Etatanträge und Kurzbewertungen der Anträge durch die Verwaltung
- Zusammenstellung vom 19.10.2017 der bis dahin vorliegenden Haushaltsanträge der freien Träger mit Kommentierungen
- Weitere Anträge freier Träger zum Haushalt 2018,
- Veränderungsblätter der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2018,
- Anträge von Fraktionen zum Haushalt 2018,
- Auflistung des Amtes für Finanzen und Beteiligungen über die in den Transferaufwendungen enthaltenen Zuschüsse an Vereine, Vereinigungen und Verbände einschließlich der vergünstigten Bereitstellung von Immobilien durch Mietverträge,
- Hinweise zum Stichwort „Befangenheit“,
- Gesamtliste (Nicht vollständige Liste der Anträge und Veränderungsblätter, Stand: 22.11.2016, Seiten 1 - 23).

Herr Treutler erläuterte die den Mitgliedern im Vorfeld der Sitzung übersandten Hinweise zur Befangenheit und machte Vorschläge zum Verfahren.

Herr Reiners begrüßte grundsätzlich die vom Amt für Finanzen und Beteiligungen erstmalig zur Verfügung gestellte Auflistung die in den Transferaufwendungen enthaltenen Zuschüsse an Vereine, Vereinigungen und Verbände einschließlich der vergünstigten Bereitstellung von Immobilien durch Mietverträge. Um als aussagekräftige Grundlage für eine Beratung zu fungieren, sei aber eine thematische und möglicherweise auch regionale Sortierung erforderlich. Außerdem müsse die Liste bereits im Sommer des jeweiligen Jahres zur Verfügung stehen.

Frau Arnkens-Homann zeigte Verständnis für dieses Anliegen und sagte mit Blick auf die personellen Engpässe zu, das Mögliche zu tun.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung verständigten sich auf folgende Absprachen:

- Die Auflistung der in den Transferaufwendungen enthaltenen Zuschüsse wird zur Kenntnis genommen.
- Die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfs werden anhand der in der Gesamtliste aufgeführten Einzelpositionen abgearbeitet.
- Sofern Ausschussmitglieder nicht widersprechen bzw. keine Anträge stellen oder Anträge Dritter nicht zur Abstimmung gestellt werden, gelten die Teilergebnispläne bzw. Teilfinanzpläne unter Einschluss der Veränderungsblätter der Verwaltung als beschlossen.
- Anträge Dritter gelten als abgelehnt, wenn sie der Ausschuss nicht thematisiert oder aufgreift.
- Fraktionen müssen ihre Anträge ausdrücklich (mündlich) stellen.

<b>Punkt 13.1 der Tagesordnung V/0874/2017</b>	<b>Städtische Zuschüsse in Aufgabenbereichen mit Beratungskompetenz des ASSGVaf: Vorbereitung der Beratung von Haushaltsanträgen</b>
--	--

<b>Punkt 13.2 der Tagesordnung</b>	<b>Beratung der Zuschüsse</b>
------------------------------------	-------------------------------

<b>Punkt 13.3 der Tagesordnung</b>	<b>Beratung des Haushaltsplans 2018 (Teilergebnis- pläne/Teilfinanzpläne)</b>
------------------------------------	---

### **Haushaltsplanberatungen 2018**

Die Beschlüsse der Haushaltsplanberatungen werden nach Produktgruppen sortiert aufgeführt. Soweit nichts anderes genannt ist, beziehen die laufenden Nummern sich auf die Gesamtliste, die den Mitgliedern vorlag.

### **Produktgruppe 0114 – Verwaltung der kommunalen Stiftungen (Band 1, Seiten 452-455)**

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0114 wurde wie vorgeschlagen beschlossen.

**Produktgruppe 0116 - Migrations- und Integrationsmanagement (Band 1, Seiten 460-472)**

**Teilergebnisplan**

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Winkel folgenden Antrag:

<b>lfd. Nr.</b> <b>3 b</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0116</b>
	SPD-Fraktion bezüglich Erhöhung des Zuschusses für Integrationsrat	

**Band 1, S. 471 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht lfd Nr. 14**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	19.440	19.440	19.440	19.440
Beantragt	54.000	54.000	54.000	54.000
Differenz	34.560	34.560	34.560	34.560

**Bemerkungen:**

Die SPD-Fraktion greift folgende Anregung des Integrationsrates auf:  
 1. Abgesehen von den Mitteln für allgemeine Ausgaben wird der Haushaltsansatz für die Arbeit des Integrationsrates im Bereich der Integrationsprojekte ab dem 01.01.2018 dauerhaft auf 54.000 € aufgestockt.  
 2. Zur Umsetzung der zusätzlichen Aufgaben richtet die Verwaltung eine 1/2 Stelle ein.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners folgenden Antrag:

<b>lfd. Nr.</b> <b>23 der</b> <b>Fraktionsliste</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0116</b>
	CDU-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Erhöhung des Zuschusses für Integrationsrat	

**Band 1, S. 471 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht lfd Nr. 14**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	19.440	19.440	19.440	19.440
Beantragt	29.440	29.440	29.440	29.440
Differenz	10.000	10.000	10.000	10.000

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners eingebrachten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei einer Gegenstimme (Piraten/ÖDP) und einer Enthaltung (DIE LINKE.).

<b>lfd. Nr.</b> 4	<b>Antragsteller/in:</b> SPD-Fraktion bezüglich Förderverein Arabische Sprache e. V.	<b>Produktgruppe 0116</b>
----------------------	--	---------------------------

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Winkel folgenden Antrag:

1. Für die Förderung der Arbeit der IbH Sina-Sprachschule Münster (Anregung Nr. 2017-00066) werden im Haushalt für die Jahre 2018 ff. 7.500,00 € bereitgestellt und mit einem Sperrvermerk versehen, der durch den ASSGVAf aufgehoben werden kann.
2. Der Träger wird aufgefordert, für die von den Eltern zu entrichtenden Schulbeiträge eine soziale Staffelung vorzusehen. Ein Vorschlag wird dem ASSGVAf zeitnah vorgelegt.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) ab.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Winkel folgenden Antrag:

<b>lfd. Nr.</b> 5	<b>Antragsteller/in:</b> SPD-Fraktion bezüglich Sprachkurse für Geflüchtete	<b>Produktgruppe 0116</b>
----------------------	---	---------------------------

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	60.000	0	0	0
Differenz	60.000	0	0	0

**Bemerkungen:**

Aus dem Haushalt der Stadt Münster werden für das Jahr 2018 60.000 € für zusätzliche Sprachkurse für Geflüchtete bei gleichzeitiger Kinderbetreuung unabhängig vom Status bereitgestellt. Anzustreben ist eine finanzielle Beteiligung des Amtes für Schule und Weiterbildung.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

**Produktgruppe: 0211 - Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten****Band 1                    Seiten 580-587**

Der Teilergebnisplan und der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0211 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

**Produktgruppe: 0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II****Band 2                    Seiten 144-157****Teilergebnisplan**

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Veränderungsblatt</b>	<b>Produktgruppe 0501</b>
<b>6</b>	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 4)	

**Band 2, S. 154 - Zeile 06 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen**

	Ansatz €	Planung (€)			
	2017	2018	2019	2020	2021
Alt	131.520.630	131.792.830	135.653.010	139.421.800	143.713.690
+/-		448.300	448.300	448.300	448.300
Neu	131.520.630	132.241.130	136.101.310	139.870.100	144.161.990

**Bemerkungen:**

Vgl. Vorlage V/0846/2017: Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 des Jobcenters der Stadt Münster. Erhöhung der Haushaltsansätze der Kostenerstattungen des Bundes für Eingliederungsleistungen um 448.300 Euro. Entsprechende Mehraufwendungen in Zeile 15 - Transferaufwendungen

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt der Verwaltung einstimmig (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei Enthaltungen (SPD, DIE LINKE.).

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Veränderungsblatt</b>	<b>Produktgruppe 0501</b>				
<b>7</b>	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 5)					
<b>Band 2, S. 154 - Zeile 15 - Transferaufwendungen</b>						
		Ansatz €		Planung (€)		
		2017	2018	2019	2020	2021
Alt		163.789.290	161.148.050	165.855.620	172.383.420	178.146.470
+/-			448.300	448.300	448.300	448.300
Neu		163.789.290	161.596.350	166.303.920	172.831.720	178.594.770
Bemerkungen:						
Vgl. Vorlage V/0846/2017: Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 des Jobcenters der Stadt Münster. Erhöhung der Haushaltsansätze für vom Bund finanzierte Eingliederungsleistungen um 448.300 Euro. Entsprechende Mehrerträge in Zeile 06 - Kostenerstattungen						

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt der Verwaltung einstimmig (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei Enthaltungen (SPD, DIE LINKE.).

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0501</b>
<b>8</b>	SPD-Fraktion bezüglich Plätze für öffentlich geförderte Beschäftigung	

Für die SPD-Fraktion stellte Herr Tafelski folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft für Münster zu gründen, mit deren Hilfe u. a. Langzeitarbeitslose durch öffentlich geförderte Beschäftigung in den Ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Als erste Grundlage dieser Gesellschaft sollen hierbei bezüglich der Zielgruppen die aktuellen Arbeitsmarktprogramme des Jobcenters Münster dienen.
2. Die Stadt Münster schafft im Jahr 2018 weitere Plätze für öffentlich geförderte Beschäftigung bei gleichzeitiger Möglichkeit der beruflichen Weiterbildung oder Ausbildung. Hierzu wird ein zusätzlicher Betrag von 300.000 Euro für das Haushaltsjahr 2018 sowie die Folgejahre in den Haushalt der Stadt Münster aufgenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion mit Begründung ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 13**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners folgenden Antrag:

1. Um Langzeitleistungsbeziehenden eine berufliche Perspektive zu bieten wird das Jobcenter der Stadt Münster in Kooperation mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren in der Stadt im Jahr 2018 weitere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse anbieten oder in Einzelfällen Verlängerungen der regulären Förderdauer öffentlich geförderter Beschäftigung durchzuführen.
2. Hierzu wird die Stadt Münster weitere kommunale Mittel (Kosten der Unterkunft) aus dem Bereich der Grundsicherung für Arbeit (SGB II) einsetzen.
3. Für die Haushaltsjahre 2018 ff. werden hierfür jährlich zusätzliche rd. 120.000 EUR bereitgestellt.

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Begründung ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 14**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig bei einer Enthaltung (Piraten/ÖDP).

Herr Bierstedt erläuterte, dass die Verwaltung die Einrichtung einer Kommunalen Beschäftigungsgesellschaft prüfe und hierzu im Jahr 2018 ein pro / contra – Papier vorlegen werde.

### **Teilfinanzplan**

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0501 wurde wie vorgesehen beschlossen.

### **Produktgruppe: 0502 – Sicherung des Lebensunterhalts**

**Band 2                      Seiten 158-170**

Der Teilergebnisplan und der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0502 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

### **Produktgruppe: 0503 – Sicherung besonderer sozialer Bedarfe**

**Band 2                      Seiten 172-189**

### **Teilergebnisplan**

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Wölter folgenden Antrag, der dem Antrag von Draußen! e. V. entspricht:

Ifd. Nr. 9 a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Draußen! e. V.	

**Band 2, S. 184 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht Ifd. Nr. 87**  
**Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2017-00092)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	5.580	5.580	0	0
Beantragt	13.860	13.860	13.860	13.860
Differenz	8.280	8.280	13.860	13.860

Bemerkungen:

Förderung einer Teilzeitstelle "Teamassistenz" und einer Geschäftsführerstelle (10 Stunden/Woche)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Wölter eingebrachten Antrag einstimmig.

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden vom Caritasverband für die Stadt Münster e. V. und von der Diakonie Münster gestellten Antrag aufzugreifen:

Ifd. Nr. 10	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	Caritasverband für die Stadt Münster e. V. /Diakonie Münster	

**Band 2, S. 184 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht Ifd. Nr. 97**

a) Caritasverband

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	32.431,20	32.431,20	32.431,20	32.431,20
Beantragt	70.816,24	70.816,24	70.816,24	70.816,24
Differenz	38.385,04	38.385,04	38.385,04	38.385,04

b) Diakonie

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	32.431,20	32.431,20	32.431,20	32.431,20
Beantragt	42.273,53	42.273,53	42.273,53	42.273,53
Differenz	9.842,33	9.842,33	9.842,33	9.842,33

Bemerkungen:

zu a) 0,5 Stelle für fachliche Begleitung und Schulung der ehrenamtlichen Schuldnerberater/-innen (Caritas)  
zu b) 0,13 Stelle fachliche Begleitung ehrenamtlicher Schuldnerberater/-innen (Diakonie)

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners, den Ansatz für 2018 um 19.700 € zu erhöhen. Die Verwaltung solle einen Bericht über alle Schuldnerberatungsstellen vorlegen. Auf der Grundlage dieses Berichts solle über eine Folgefinanzierung entschieden werden.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (DIE LINKE., Piraten/ÖDP) bei Enthaltungen (SPD) ab.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners eingebrachten Antrag mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei einer Gegenstimme (Piraten/ÖDP) und Enthaltungen (SPD, DIE LINKE.)

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden vom AFAQ e. V. gestellten Antrag aufzugreifen:

Ifd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
11	AFAQ e. V.	

**Band 2, S. 184 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht Ifd. Nr. 100**  
**Auflistung Amt 20 Ifd. Nr. 33**  
**Erhöhungsantrag, Weiterbewilligungsantrag**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	24.000	0	0	0
Beantragt	49.200	25.200	25.200	25.200
Differenz	25.200	25.200	25.200	25.200

Bemerkungen:

0,5 Stelle für Koordinierungsstelle und Betreuung

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners eine Erhöhung der Ansätze für 2018 und 2019 um jeweils 4.000 €.

Außerdem regte Herr Reiners an, die Maßnahme über das Budget des Jobcenters zu finanzieren. Herr Bierstedt erläuterte die Schwierigkeiten hinsichtlich der Unterstützung von Personen ohne Leistungsbezug nach dem SGB II.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) und Enthaltungen (SPD, Piraten/ÖDP) ab.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners eingebrachten Antrag einer Erhöhung um 4.000 € pro Jahr für 2018 und 2019 mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Gegenstimmen (DIE LINKE., Piraten/ÖDP) und Enthaltungen (SPD).

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter, den folgenden von den Lokalen Wohlfahrtsverbänden gestellten Antrag aufzugreifen:

<b>lfd. Nr.</b> 12	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0503</b>
	Lokale Wohlfahrtsverbände (AWO, CV, Diakonie, DRK)	

**Band 2, S. 184 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht lfd. Nr. 103**  
**Auflistung Amt 20 lfd. Nr. 36**  
**Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2017-00062)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	111.650	111.650	111.650	111.650
Beantragt	160.000	160.000	160.000	160.000
Differenz	48.350	48.350	48.350	48.350

**Bemerkungen:**

Erhöhung des Zuschusses für die Beratungsfachdienste für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte gem. § 16 a SGB II auf max. 40.000 € pro Jahr und Träger

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners eingebrachten Antrag einstimmig bei Enthaltungen (SPD).

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Halberstadt, den folgenden vom Caritasverband Münster und der Diakonie Münster gestellten Antrag unter Berücksichtigung der folgenden von der Verwaltung in der Stellungnahme zum Etatantrag vorgeschlagenen Voraussetzungen aufzugreifen:

- Die Träger konkretisieren in Abstimmung mit der Verwaltung Umfang und Aufgaben der Mini-Job-Stellen.
- Die Anhebung des Zuschusses im Allgemeinen und die Finanzierung der Stellen im Besonderen setzt die Bahnhofsmission für eine nennenswerte Erweiterung ihrer Öffnungszeiten ein (= Bedingung, nicht nur Option).

Ifd. Nr. 13 a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	Caritasverband Münster & Diakonie Münster	

**Band 2, S. 184 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht Ifd. Nr. 115**  
**Auflistung Amt 20 Ifd. Nr. 48**  
**Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2017-00077)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	45.210	45.210	45.210	45.210
Beantragt	70.210	70.210	70.210	70.210
Differenz	25.000	25.000	25.000	25.000

Bemerkungen:

Anhebung des Zuschusses für die Bahnhofsmision

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Halberstadt eingebrachten Antrag mit den von der Verwaltung formulierten Voraussetzungen einstimmig.

Vor Eintritt in die Beratungen zu dem nachfolgend aufgeführten Punkt (laufende Nummer 14 der Gesamtliste) erklärte sich Frau Rietenberg für befangen im Sinne des § 31 GO NRW und kündigte an, an der Beratung und Beschlussfassung des Antrages nicht teilzunehmen.

Ebenfalls befangen im Sinne des § 31 GO NRW war das beratende Mitglied im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung, Frau Sturm.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners, den Antrag wie von den Lokalen Wohlfahrtsverbänden gestellt, aufzugreifen, den Sachkostenanteil aber mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis eine nachvollziehbare Begründung der Trägers vorliegt.

Herr Treutler gab erläuternde Hinweise zu dem Antrag.

Frau Sturm stellte in diesem Zusammenhang eine Verständnisfrage, wurde aber von Frau Stadträtin Wilkens darauf aufmerksam gemacht, dass sie wegen ihrer Befangenheit nicht an der Diskussion teilnehmen könne.

Ifd. Nr. 14	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	Lokale Wohlfahrtsverbände (AWO, CV, Diakonie, DRK, Paritätische)	

**Band 2, S. 184 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht Ifd. Nrn. 118, 119, 121, 122, 123**  
**Auflistung Amt 20 Ifd. Nrn. 51, 52, 54, 55, 56**  
**Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2017-00079)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	432.575,00	432.575,00	432.575,00	432.575,00
Beantragt	566.660,72	575.176,40	590.122,34	605.449,41
Differenz	134.085,72	142.601,40	157.547,34	172.874,41

Bemerkungen:

Jährliche Erhöhung der Zuschüsse für stadtteil- und zielgruppenbezogene soziale Arbeit

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners eingebrachten Antrag mit dem Sperrvermerk für den Sachkostenanteil einstimmig bei Enthaltungen (SPD).

Im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung herrschte Einigkeit, den nachfolgenden Antrag der Alzheimer Gesellschaft Münster e. V. aufzugreifen:

Ifd. Nr. 15 a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	Alzheimer Gesellschaft Münster e. V.	

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht Ifd. Nr. NN**  
**Neuantrag (Anregung Nr. 2017-00060)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	9.000	9.000	9.000	9.000
Differenz	9.000	9.000	9.000	9.000

Bemerkungen:

Förderung für Sach- und Personalkosten

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der Alzheimer Gesellschaft Münster e. V. ohne Aussprache einstimmig.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners, den nachfolgenden Antrag des AWO Unterbezirks Münsterland-Recklinghausen für eine Förderung des Angebots "coerde mittendrin" mit der Variante 2 grundsätzlich aufzugreifen und dafür 75.580 € pro Jahr ohne Dynamisierung und ohne Befristung zur Verfügung zu stellen.

<b>Ifd. Nr.</b> <b>16 a</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0503</b>
	AWO Unterbezirk Münsterland-Recklinghausen	

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht Ifd. Nr. NN**  
**Neuantrag (Anregung Nr. 2017/00080)**

Variante 1:

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	62.320	64.790	0	0
Differenz	62.320	64.790	0	0

Variante 2:

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	75.580	77.270	0	0
Differenz	75.580	77.270	0	0

Bemerkungen:

Förderung des Angebots "coerde mittendrin", der Antrag umfasst zwei Finanzierungsvarianten

Herr Kollmann erläuterte seine Bedenken gegen die Gegenüberstellung von zwei personenbezogenen Finanzierungsvarianten.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte dem von Herrn Reiners eingebrachten Antrag mit Mehrheit ((CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) bei Gegenstimmen (SPD, ohne Herrn Kollmann) und einer Enthaltung (Herr Kollmann) zu und beschloss damit eine Förderung des Angebots "coerde mittendrin" mit 75.580 € pro Jahr ohne Dynamisierung und ohne Befristung.

Für die SPD-Fraktion brachte Frau Winkel den nachfolgenden Antrag ein. Der Langtext des Antrages ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 15**.

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0503</b>
17	SPD-Fraktion bezüglich Stadtteilbudget/Projektetopf für Stadtteil Coerde	

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht lfd. Nr. NN**  
**Neuantrag**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	25.000	0	0	0
Differenz	25.000	0	0	0

**Bemerkungen:**

Ausgehend vom Projekt "coerde mittendrin" soll ein Stadtteilbudget bereitgestellt werden, das vom neu gebildeten Beirat verwaltet wird.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden von Chance e. V. gestellten Antrag aufzugreifen:

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0503</b>
18	Chance e. V.	

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht lfd. Nr. NN**  
**Erstantrag (Anregung Nr. 2017-00063)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	40.000	40.000	40.000	40.000
Differenz	40.000	40.000	40.000	40.000

**Bemerkungen:**

Aufbau und Durchführung einer Fachberatungsstelle "Opferhilfe"

Frau Rietenberg beantragte, den Antrag von Chance e. V. grundsätzlich aufzugreifen und für den Aufbau und die Durchführung einer Fachberatungsstelle „Opferhilfe“ je 30.000 € für 2018 und 2019 zur Verfügung zu stellen. Der Träger soll aufgefordert werden, einen Geschäftsbericht mit Leistungs- und Kostendaten zur Verfügung zu stellen.

Frau Winkel wies darauf hin, dass der Einzugsbereich über Münster hinausgehe und dies kritisch zu beobachten sei. Herr Treutler schlug vor, den Einzugsbereich anonymisiert darzustellen.

Herr Gotthal beantragte, über die eingebrachten Anträge abzustimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz eingebrachten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) ab.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung den von Frau Rietenberg eingebrachten Antrag und damit für den Aufbau und die Durchführung einer Fachberatungsstelle „Opferhilfe“ je 30.000 € für 2018 und 2019 zur Verfügung zu stellen. Der Träger soll aufgefordert werden, einen Geschäftsbericht mit Leistungs- und Kostendaten zur Verfügung zu stellen.

Im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung herrschte Einigkeit, den nachfolgenden Antrag der Kirchengemeinde St. Marien und St. Josef aufzugreifen:

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0503</b>
<b>19 a</b>	Kirchengemeinde St. Marien und St. Josef	

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht lfd. Nr. NN**  
**Weiterbewilligungsantrag (wurde in 2017 gefördert)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	9.500	9.500	0	0
Differenz	9.500	9.500	0	0

Bemerkungen:

Förderung des Projekts "FreiRaum"

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der Kirchengemeinde St. Marien und St. Josef ohne Aussprache einstimmig.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter, den nachfolgenden Antrag von MuM - Mehrgenerationenaus und Mütterzentrum e. V. aufzugreifen:

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0503</b>
20 a	MuM - Mehrgenerationenaus und Mütterzentrum e. V.	

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht (nicht aufgeführt)**  
**Fortsetzungs- und Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2017-00055)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	85.000	85.000	85.000	0
Differenz	85.000	85.000	85.000	0

Bemerkungen:

Fortsetzung der Förderung 2016-2017 und Erhöhung

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Wölter eingebrachten Antrag mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) bei Gegenstimmen (SPD).

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden von Münster - Eine Welt ohne Grenzen e. V. gestellten Antrag aufzugreifen.

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0503</b>
21	Münster - Eine Welt ohne Grenzen e. V.	

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht lfd. Nr. NN**  
**Erstantrag**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	18.000	18.000	18.000	18.000
Differenz	18.000	18.000	18.000	18.000

Bemerkungen:

Miet- und Sachkostenzuschuss

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz eingebrachten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Vor Eintritt in die Beratungen zu dem nachfolgend aufgeführten Punkt (laufende Nummer 22 der Gesamtliste) erklärte sich Frau Rietenberg für befangen im Sinne des § 31 GO NRW und kündigte an, an der Beratung und Beschlussfassung des Antrages nicht teilzunehmen.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter, den Antrag von PariSozial Münsterland GmbH grundsätzlich aufzugreifen, die Förderung von 32.500 € jährlich aber auf zwei Jahre zu befristen.

<b>lfd. Nr.</b> <b>22 a</b>	<b>Antragsteller/in:</b> PariSozial Münsterland GmbH	<b>Produktgruppe 0503</b>
--------------------------------	---	---------------------------

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht lfd. Nr. NN**  
**Erstantrag (Anregung Nr. 2017-00064)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	32.500	32.500	32.500	0
Differenz	32.500	32.500	32.500	0

**Bemerkungen:**

Förderung einer Teilzeitstelle Beratung schwerhöriger und ertaubte Menschen

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Wölter eingebrachten Antrag einer Förderung von 32.500 € jährlich für zwei Jahre mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) bei Gegenstimmen (SPD) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP).

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter, den Zuschuss für das Sozialbüro wie folgt anzuheben:

<b>lfd. Nr.</b> <b>23</b>	<b>Antragsteller/in:</b> CDU/ Bündnis 90/Die Grünen/GAL für cuba e. V.	<b>Produktgruppe 0503</b>
------------------------------	--	---------------------------

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**

**Zuschussbericht lfd. Nr. 95**

**Auflistung Amt 20 lfd. Nr. 28**

**Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 00112)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	106.430	106.430	106.430	106.430
Beantragt	157.930	162.043	165.848	169.948
Differenz	51.500	55.613	59.418	63.518

Bemerkungen:

Anhebung des städt. Zuschusses für das Sozialbüro im cuba in 2018 und jährliche Anhebung in den Folgejahren

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Wölter eingebrachten Antrag einstimmig bei Enthaltungen (SPD).

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden von PAREA gGmbH gestellten Antrag aufzugreifen.

<b>lfd. Nr.</b> <b>24</b>	<b>Antragsteller/in:</b> PAREA gGmbH	<b>Produktgruppe 0503</b>
------------------------------	---	---------------------------

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**

**Zuschussbericht lfd. Nr. NN**

**Erstantrag (Anregung Nr. 2017-00139)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	4.490	0	0	0
Differenz	4.490	0	0	0

Bemerkungen:

Förderung des generationenübergreifenden Kochprojektes "Essen wie bei Oma" in Münster-Kinderhaus

Herr Reiners wies auf den nicht fristgerechten Eingang des Antrages hin.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz eingebrachten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL brachten Herr Wölter und Herr Kollmann den nachfolgenden Antrag ein. Der Langtext des Antrages ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 16**.

	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0116</b>
	CDU-Fraktion/SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Förderprojekte zur Umsetzung der Inklusion in Münster: Teilhabe und politische Partizipation stärken - KIB	

**Band 1, S. 310 – lfd. Nr. neu**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	20.000	20.000	20.000	20.000
Differenz	20.000	20.000	20.000	20.000

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Wölter und Herr Kollmann eingebrachten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

**Teilfinanzplan**

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0503 wurde wie vorgesehen beschlossen.

**Produktgruppe: 0504 – Wohngeld**

**Band 2                    Seiten 190-193**

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0504 wurde wie vorgeschlagen beschlossen.

**Produktgruppe: 0701 – Gesundheitsdienste****Band 2****Seiten 272-284****Teilergebnisplan**

Für die SPD-Fraktion brachte Herr Tafelski den nachfolgenden Antrag ein. Der Langtext des Antrages ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 17**.

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0503</b>
<b>25</b>	SPD-Fraktion bezüglich der SHG Transident Münster	

**Band 2, S. 178 - Zeile 15 - Transferaufwendungen****Zuschussbericht lfd. Nr. NN****Erstantrag**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	8.640	0	0	0
Differenz	8.640	0	0	0

**Bemerkungen:**

Förderung der Trans\*Peer-Beratung: Personalkosten 7.200 € (600 € mtl.), Sachkosten 1.440 € (120 € monatlich); der Ansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen, bis die im Januar 2018 vorgesehene Vereinsgründung umgesetzt ist.

Herr Kollmann schlug vor, den Zuschuss in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste zu verorten.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Tafelski eingebrachten Antrag einschließlich des vorgeschlagenen Sperrvermerks einstimmig bei einer Enthaltung (Piraten/ÖDP).

<b>lfd. Nr.</b> 26	<b>Veränderungsblatt</b>	<b>Produktgruppe 0701</b>
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 6)	

**Band 2, S. 281 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2017	2018	2019	2020	2021
Alt	4.568.010	4.720.970	4.720.970	4.713.470	4.713.470
+/-		2.000.000	200.000	200.000	200.000
Neu	4.568.010	6.720.970	4.920.970	4.913.470	4.913.470

**Bemerkungen:**

Erhöhung des Ansatzes der Krankenhausumlage aufgrund der Aufstockung der Krankenhausinvestitionsmittel im Haushaltsplanentwurf 2018 des Landes NRW, die in Höhe von 40 % von den Kommunen zu finanzieren sind. Von der Erhöhung in 2018 entfallen rd. 1,8 Mio. € auf die mit dem Nachtragshaushalt 2017 des Landes beschlossene einmalige Aufstockung der Krankenhausinvestitionsmittel in Höhe von 250,0 Mio. €. Die übrigen Erhöhungen basieren auf einer grundsätzlichen Anhebung der Krankenhausinvestitionsmittel gegenüber dem bisherigen Niveau. Hinweis für den ASSGVAF: Die Veränderung mit der lfd. Nr. 1 ist damit überholt.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt der Verwaltung einstimmig.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners, den nachfolgenden Antrag der Diakonie Münster und der Beratungs- und BildungsCentrum GmbH aufzugreifen:

<b>lfd. Nr.</b> 27	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0701</b>
	Diakonie Münster, Beratungs- und BildungsCentrum GmbH	

**Band 2, S. 281, Zeile 15 - Transferaufwendungen****Zuschussbericht lfd. Nr. 200****Auflistung Amt 20 lfd. Nr. 74,****Folgeantrag**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	57.810	57.810	57.810	57.810
Beantragt	99.276	102.362	105.535	105.535
Differenz	41.466	44.552	47.725	47.725

**Bemerkungen:**

Erhöhung des Zuschusses für die Suchtberatungsstelle des Trägers

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners eingebrachten Antrag einstimmig bei Enthaltungen (SPD).

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden vom Hebammennetzwerk Münsterland e. V. gestellten Antrag aufzugreifen.

<b>lfd. Nr.</b> 28	<b>Antragsteller/in</b>	<b>Produktgruppe 0701</b>
	Hebammennetzwerk Münsterland e. V.	

**Band 2, S. 281, Zeile 15 - Transferaufwendungen**  
**Zuschussbericht lfd. Nr. 202**  
**Auflistung Amt 20 lfd. Nr. 76**  
**Folgeantrag**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	7.500	7.500	0	0
Beantragt	38.500	38.500	38.500	38.500
Differenz	31.000	31.000	38.500	38.500

Bemerkungen:

Erhöhung des Zuschusses für Personalstelle Koordination

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz eingebrachten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Rietenberg, den folgenden vom Streetwork Projekt Marischa gestellten Antrag aufzugreifen:

<b>lfd. Nr.</b> 29 a	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 0701</b>
	Streetwork Projekt Marischa	

**Band 2, S. 277, Zeile 11 - Personalaufwendungen**  
**Zuschussbericht (nicht aufgeführt)**  
**Folgeantrag**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	38.600	38.600	38.600	38.600
Differenz	38.600	38.600	38.600	38.600

Bemerkungen:

Weitere Personalkostenübernahme einer Stelle TVÖD 9 mit 20 Std./Wo. ab 2018
---

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Frau Rietenberg eingebrachten Antrag einstimmig.

**Produktgruppe: 1003 – Wohnen**

**Band 2                      Seiten 366-373**

**Teilergebnisplan**

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter, den folgenden vom Verein zur Vermittlung und Beschaffung von Wohnraum (VVBW) "Dach überm Kopf" gestellten Antrag aufzugreifen:

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Antragsteller/in:</b>	<b>Produktgruppe 1003</b>
<b>30</b>	Verein zur Vermittlung und Beschaffung von Wohnraum (VVBW) "Dach überm Kopf"	

**Band 2, S. 368, Zeile 15 - Transferaufwendungen  
Zuschussbericht nicht aufgeführt  
Antrag Weiterförderung (Anregung Nr. 2017-00050)**

	2018	2019	2020	2021
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	51.926,23	51.926,23	51.926,23	51.926,23
Differenz	51.926,23	51.926,23	51.926,23	51.926,23

Bemerkungen:

Förderung einer Personalstelle (Sozialarbeit, 30 Stunden/Woche) plus Sachkosten ab 2018
---

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Wölter eingebrachten Antrag einstimmig bei Enthaltungen (SPD, Piraten/ÖDP).

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL kündigte Herr Wölter einen Ratsantrag zu folgendem Thema an: „Handlungskonzept zur kontinuierlichen Schaffung von geeigneten Wohnformen für pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderung“.

Das nachfolgende Veränderungsblatt wurde als Tischvorlage vorgelegt. Herr Reiners wies auf den gemeinsamen Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL auf Aufstockung der Fördermittel für die energetische Sanierung alter Gebäude hin. Die Einbringung des Antrages und die Beschlussempfehlung erfolgten am 21.11.2017 im Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen (AUKB).

<b>Tischvorlage</b>	<b>Veränderungsblatt</b>	<b>Produktgruppe 1003</b>
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 9)	

**Band 2, S. 372 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2017	2018	2019	2020	2021
Alt	503.460	501.000	353.460	353.460	3.460
+/-		0	100.000	100.000	500.000
Neu	503.460	501.000	453.460	453.460	503.460

Bemerkungen:

Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL auf Aufstockung der Fördermittel für die energetische Sanierung alter Gebäude. Einbringung des Antrages und Beschlussempfehlung erfolgte am 21.11.2017 im Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen (AUKB)

**Produktgruppe: 1701 – Rechtlich unselbständige Stiftungen**

**Band 2                      Seiten 568-571**

**Teilergebnisplan**

<b>lfd. Nr.</b> <b>31</b>	<b>Veränderungsblatt</b>	<b>Produktgruppe 1701</b>
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 7)	

**Band 2, S. 570 - Zeile 06 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2017	2018	2019	2020	2021
Alt	47.600	47.600	47.600	47.600	47.600
+/-		-32.550	-32.550	-32.550	-32.550
Neu	47.600	15.050	15.050	15.050	15.050

Bemerkungen:

Ansatzanpassung an die neuen Wirtschaftspläne der rechtlich unselbständigen Stiftungen. (Vorlage Nr. V/0958/2017)

Ifd. Nr.	Veränderungsblatt	Produktgruppe 1701			
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 8)				

**Band 2, S. 570 - Zeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2017	2018	2019	2020	2021
Alt	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890
+/-		-1.540	-1.540	-1.540	-1.540
Neu	12.890	11.350	11.350	11.350	11.350

**Bemerkungen:**

Ansatzanpassung an die neuen Wirtschaftspläne der rechtlich unselbständigen Stiftungen. (Vorlage Nr. V/0958/2017)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Veränderungsblätter Nr. 7 und Nr. 8 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL verwies Herr Reiners auf den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, einen Vorschlag zur Einrichtung einer Anleiterstelle für Sanierungen von Schulen sowie zur Angliederung dieser Stelle und des Projekts „Bunte Schule“ im Sozialbereich zu unterbreiten.

Der Antrag wurde im zurzeit zuständigen Ausschuss für Schule und Weiterbildung bereits gestellt und hier eine Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Rat zur Förderung des Projekts „Bunte Schule“ ausgesprochen.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erläuterte Herr Wölter den bereits unter dem Punkt 8 der Tagesordnung von Frau Rietenberg eingebrachten nachfolgenden Antrag zum Haushalt 2018 (s. Anlage 9 der Niederschrift):

**Verlagerung der Zuständigkeit für Indro e. V.**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung (ASSGVAF) empfiehlt / Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle den Verein Indro e.V. betreffenden Zuschüsse (Zuschussbericht Ifd. Nummern: 155, 156, 157) aus dem Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“, und hier die Produktgruppe 0603 in den Produktbereich 05 „Soziale Leistungen“ zu verschieben, ebenso den aktuellen Haushaltsantrag über 40.000 Euro.

Dem Ausschuss ist ein Konzept zum erweiterten Leistungsangebot vorzulegen, das auch bedarfsgerechte Räumlichkeiten und Öffnungszeiten berücksichtigt.

Herr Dr. Schulze Kalthoff erläuterte die sachlichen Gründe für die jeweiligen Zuständigkeiten des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien sowie des Amtes für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten.

Frau Rietenberg schlug vor, den vorgenannten Antrag als Auftrag an die Verwaltung zur Erarbeitung eines Vorschlages zur Verlagerung der Zuständigkeit für Indro e. V. zu verstehen, den aktuellen Haushaltsantrag über eine Aufstockung der Mittel um 40.000 € jährlich für die nächsten vier Jahre zu unterstützen und ein Konzept zum erweiterten Leistungsangebot einzufordern.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag in der von Frau Rietenberg vorgetragenen Version einstimmig bei einer Enthaltung (SPD).

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL brachte Herr Reiners den nachfolgenden Antrag zum Haushalt 2018 ein:

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat begrüßt die Ertüchtigung des Scheunengebäudes am Emshof im Rahmen eines sozialen Projektes, um das Hofensemble, welches sich im Eigentum der Stadt Münster befindet, insgesamt zu erhalten.
2. Das Scheunengebäude soll nach Projektende bzw. Ertüchtigung dem Emshof e.V. für eine Nutzung angeboten werden.
3. Zur Sanierung dieses Scheunengebäudes werden in den Finanzplan des Haushaltsplans 2018 ff. die notwendigen investiven Mittel für die Sanierungen im Rahmen des Projekts ca. 500.000 EUR (grobe Schätzung) mit Sperrvermerk aufgenommen. Die Freigabe der finanziellen Mittel erfolgt von der Verwaltung nach Vorlage einer Kostenkalkulation.
4. Die bauliche Ertüchtigung des Scheunengebäudes soll durch ein soziales Projekt, das sich insbesondere an Menschen richtet, die schon längerer Zeit im Bezug von SGB II-Leistungen befinden, ergänzt werden. Das Jobcenter ist hier begleitend einzubeziehen. Für das Projekt werden Personal- und Sachkosten in den Haushaltsplan 2018 ff. in Höhe eines üblichen tariflichen Entgelts (ca. 60.000) sowie Sachkosten in Höhe von ca. 9.500 EUR mit Sperrvermerk für die Anleitertätigkeit beim Träger eingestellt.
5. Die finanziellen Mittel werden nach Vorlage des Konzeptes durch die Fachstelle für gemeinnützige Arbeit in Abstimmung mit dem Jobcenter und dem Emshof e.V., von der Verwaltung entsperrt.

Der Antrag mit Begründung ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 18**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners eingebrachten Antrag mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Gegenstimmen (SPD) und Enthaltungen (DIE LINKE., Piraten/ÖDP).

**Punkt 14 der Tagesordnung****Verschiedenes**

Herr Alhamwi machte auf die Friedensveranstaltung am 8. Dezember 2017 um 18 Uhr im Stadtweinhaus in Münster aufmerksam und wies darauf hin, dass eine entsprechende Einladung noch folgen würde.

gez.  
Thomas Kollmann  
Vorsitz

gez.  
Barbara Hamisch  
Schriftführung